

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2002)

Heft: 4: Wasserzinse unter Druck

Artikel: Atommüllproduktion stoppen statt Kantone entmachten

Autor: Braunwalder, Armin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586980>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Atommüllproduktion stoppen statt Kantone entmachten

Das Nein der Nidwaldner Bevölkerung zum Sondierstollen für ein Atommülllager im Wellenberg hat Folgen. Statt endlich die Atommüllproduktion zu stoppen, sollen jetzt die Kantone entmachtet werden. Das ist eine Steilvorlage für die Volksinitiative «Strom ohne Atom». Nur sie sichert den Kantonen das Mitentscheidungsrecht in der Bundesverfassung.

*Von Armin Braunwalder,
SES-Geschäftsleiter*

Damit hatten selbst die GegnerInnen des Sondierstollens nicht gerechnet: Mit 58 % Nein-Stimmen erteilte die Nidwaldner Bevölkerung den Plänen für ein Atommülllager im Wellenberg eine endgültige Abfuhr. Damit ist das Projekt vom Tisch. Die Genossenschaft Nukleare Entsorgung Wellenberg (GNW), die Nidwaldner Tochter der Nagra, räumt ihre Büros in Wolfenschiessen. Sie werde das Projekt «von sich aus nicht mehr weiterverfolgen». Wie im Märchen von Aladins Wunderlampe zieht sich der quälende Nagra-Geist in die Flasche, genauer, nach

Wettingen zurück. Der Bund jedoch, so lässt sich die GNW-Sprachregelung interpretieren, könnte den Geist wieder aus der Flasche lassen. Das ist nach der eindeutigen Willensäußerung des Nidwaldner Volkes Demokratie-politisch zwar völlig abwegig. Doch auf Bundesebene wird die Entmachtung der Kantone bei der Realisierung von Atommülllagern vorbereitet.

Der Ständerat hat dies im Rahmen der Atomgesetzrevision bereits vor einem Jahr beschlossen und in der Winter-session bekräftigt – gegen den Willen des Bundesrates. Die Damen und Herren des Ständerates sind nach dem Wellenberg-Entscheid erst recht entschlossen,

diese harte Linie gegen den Nationalrat durchzusetzen. Dieser sprach sich einen Tag nach dem Fiasko am Wellenberg knapp für ein «kantonaes Vetorecht» aus. In der Debatte schlug insbesondere die «Wir sind das Volk»-Fraktion der SVP erstaunliche Kapriolen am demokratischen Stufenbarren. Die SVP lehnte das Mitentscheidungsrecht der Kantone bei Atommülllagern geschlossen ab. Zum geplanten Atommülllager Benken im Zürcher Weinland soll also die Zürcher Bevölkerung nichts zu sagen haben. Die Zürcher SVP-VertreterInnen fanden sich bei ihrer Demokratie-politischen Geisterfahrt in bester Gesellschaft mit sämtlichen NationalrätInnen der Zürcher FDP.

Steilvorlage für «Strom ohne Atom»

Mitte Oktober 2002 liess auch die Expertengruppe Entsorgungskonzepte Radioaktive Abfälle (EKRA) die Katze aus dem Sack. Der seit April 2002 vertraulich vorliegende «Beitrag zur Entsorgungsstrategie für die radioaktiven Abfälle in der Schweiz» wurde auf Druck der SES veröffentlicht. Dieser zweite EKRA-Bericht schlägt in die gleiche Kerbe. Die erste Empfehlung der ExpertInnen lautet: «Die Kompetenzen für die geologische Tiefenlagerung werden ausschliesslich auf Bundesebene verankert. Regionalen Mitspracherechten ist jedoch ein hoher Stellenwert einzuräumen, auch über Kantons- und Landesgrenzen hinweg.» Dieser etwas nebulösen Formulierung verschaffte der Genfer Geologie-Professor und EKRA-Präsident, Walter Wildi, am 10. Oktober 2002 mit einer ungewöhnlichen Petition Nachdruck: Zusammen mit Mitgliedern von ausserparlamentarischen Kommissionen (Kommission Nukleare Entsorgung KNE, Kommission für die Sicherheit der Kernanlagen KSA, EKRA, Kantonale Fachgruppe Wellenberg KFW) schickte Prof. Walter Wildi die Bittschrift an den National- und Ständerat. Die Hauptforderung lautet: «Standortentscheidungen sind in demokratischer Weise auf nationalem Niveau zu treffen. Standortregionen sollen nur noch auf der Basis des



Foto: Christian Perret

Auf den Abstimmungserfolg der NidwaldnerInnen folgt die Entmachtung der Kantone.

Bundesrechts konsultiert werden. Die Möglichkeit, sicherheitstechnisch geeignete Standorte durch kantonale Beschlüsse zu blockieren, verunmöglicht die Lösung der Entsorgungsaufgabe», schreiben die PetitionärInnen. Statt das Problem an der Wurzel zu packen und die Atommüll-Produktion endlich zu stoppen, soll also die demokratische Mitentscheidung der Standortkantone gestoppt werden. Diese Entmachtung der Kantone ist Wasser auf die Mühlen der Volksinitiative «Strom ohne Atom». Mit ihrer Annahme wird nämlich das Mitentscheidungsrecht in der Bundesverfassung gesichert.

Kaiseraugst schon vergessen?

Wenn sich die Damen und Herren Wildi & Co. von ihrer Kontroll- bzw. Expertenfunktion entfernen und auf dem

politischen Parkett mitspielen, dann sollten sie auch die nötige politische Konsequenz an den Tag legen (vgl. Kasten). Denn nicht die demokratische Mitentscheidung verunmöglicht die Lösung der Entsorgungsaufgabe – sondern das Fehlen eines gesamtheitlichen Entsorgungskonzepts, das den geordneten Rückzug aus der Atomenergie einschliesst. Dies ist der Gordische Knoten, den es endlich zu lösen gilt.

Die SES hat die Eckpfeiler einer ziel führenden Entsorgungsstrategie gegenüber den Bundesbehörden in den letzten vier Jahren wiederholt und deutlich formuliert:

1. Abfall vermehrende Wiederaufarbeitung und Atommüllproduktion stoppen
2. Festlegen eines gesellschaftlich und politisch breit abgestützten Atommüll-Lagerkonzepts

3. Transparentes Standort-Auswahlverfahren auf Grund des Konzeptentscheids
4. Sicherung des demokratischen Mitentscheidungsrechts bei Atommüll-Lagern

Die SES befürwortet grundsätzlich die Langzeitlagerung des Atommülls im Inland. Die nötige Akzeptanz für einen Lagerstandort wird man jedoch nur finden können, wenn auch der atomkritische Teil der Bevölkerung – und der ist auf Grund aller Meinungsumfragen grösser als 50 % – überzeugt werden kann. Hier führt die eingeschlagene Strategie der Entmachtung der Kantone bei gleichzeitig unbefristeter Fortführung der Atommüllproduktion mit jeder Garantie endgültig in die Sackgasse. Offenbar hat man Kaiseraugst schon vergessen. □

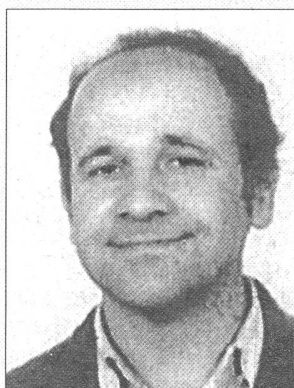
EKRA-Präsident für Atomausstieg

Der Genfer Geologie-Professor Walter Wildi entwickelt sich zur Schlüsselfigur in der Schweizerischen Atompolitik. Er ist nicht nur EKRA-Präsident, sondern auch Präsident der Kommission für die Sicherheit der Atomanlagen und Präsident der kantonalen Fachgruppe Wellenberg. Walter Wildi hat längst erkannt, dass die Lösung des Atommüllproblems nur über den Atomausstieg und die Vermeidung der Atommüllproduktion zu erreichen ist. Dies belegen zwei wegweisende Zitate.

■ «Sollen die Probleme immer weiter hinausgeschoben, aber nicht gelöst werden? Denn die Wissenschaften kennen kein Rezept für eine sichere und dauerhafte Beseitigung von giftigen Abfällen. Unsere Gesellschaft müsste daher bald einmal einsehen, dass es **nur einen einzigen richtigen Weg** aus dem Abfalldilemma gibt: Die **Entstehung** von giftigen Abfällen aller Art muss so weit wie möglich und um jeden Preis **verhindert** werden.» (Hervorhebungen durch den Autor, Prof. Walter Wildi im Nachwort zu «Mythos Gewähr», 1988)

■ «Eine weitere Kernkraftnutzung auf der Basis der heutigen Technologie ist undenkbar. Neue Anlagen auf der Basis heutiger Reaktortechnik wären schon allein aus Sicherheitsüberlegungen nicht akzep-

tierbar. Ganz abgesehen davon wären sie am Standort nicht durchzusetzen. Und die Nachrüstung der alten Anlagen ist eine Illusion. Sie



Geologie-Professor Walter Wildi:
«Sie können einem alten VW Käfer wohl breitere Pneu's aufziehen und stärkere Bremscheiben montieren. Es bleibt dennoch ein alter VW Käfer.»

können einem alten VW Käfer wohl breitere Pneu's aufziehen und stärkere Bremscheiben montieren. Es bleibt dennoch ein alter VW Käfer. (...) Das neue Kernenergiegesetz KEG sollte aufzeigen, wie der Ausstieg aus der heutigen, veralteten Kernenergie-technologie erfolgen könnte.» (VERA-Bulletin 3/2001)

Im zweiten Bericht der EKRA kann diese glasklare Haltung nur verschlüsselt nachgelesen werden. Hier heisst es: «Das Radionuklidinventar und die Menge der zu lagernden Abfälle bestimmen (jedoch) die Anforderungen an potenzielle Lagerstandorte mit, so dass es wesentlich ist, möglichst früh Klarheit über das zu erwartende Inventar zu erlangen.» (Anhang, S. 24) Im Klartext heisst das: Es muss klar sein, wann wie viele radioaktive Abfälle anfallen, um die Anforderungen an potenzielle Lagerstandorte seriös bestimmen zu können. Solange das definitive Lagerinventar aber nicht bekannt ist, weil die abfallvermehrende Wiederaufarbeitung auf unbestimmte Zeit weitergeführt und die Betriebszeit der AKW nicht befristet werden soll, wird die Opposition gegen Atommülllager unüberwindbar bleiben. Die Katze wird sich so immer wieder in den Schwanz beißen... □